

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
205 · Ausgabe CH · März 2023
AZB 3001 Bern · Post CH AG



KAUFKRAFT-KILLER #1: WOHNKOSTEN

Wir ergreifen Partei für Mieter:innen

MEHR BEZAHLEN, WENIGER RENTE? NEIN DANKE!

Die Pensionskassen-Vorlage verspricht den Versicherten höhere Kosten bei tieferen Renten. Kommt die Vorlage im Parlament durch, ergreifen wir das Referendum. Seite 7

UKRAINE: UNTERSTÜTZUNG BEI MINENRÄUMUNG IST DRINGEND

Wir fordern umgehend umfassende Hilfe bei der Beseitigung der heimtückischen und grausamen Waffen auf den Feldern in der Ukraine. Seite 13

Liebe Leserin, lieber Leser,
alle dazwischen und darüber hinaus



In der laufenden Frühjahrsession zeigt sich einmal mehr, wie viele Bürgerliche ticken: Den vollen AHV-Teuerungsausgleich für die Rentner:innen schmetterten sie in der ersten Sessionswoche ab. «Zu teuer», befand die Mehrheit, die Wirkung sei mit einem Zustupf von wenigen Franken marginal.

Die Parlamentarier:innen sollten mal bei Monika B. nachfragen, was ein «paar Franken» bedeuten. Die Rentnerin muss «jeden Rappen drei Mal umdrehen» (mehr dazu liest du auf Seite 7). Sie und 220 000 weitere Pensionierte – die Mehrheit

Frauen – sind nach einem meist arbeitsreichen Leben gezwungen Ergänzungsleistungen zu beziehen, damit sie bestenfalls das Allernotwendigste bezahlen können.

Und mit der laufenden Pensionskassen-Vorlage wird es nicht besser, im Gegenteil. Wenn die bürgerliche Mehrheit im Parlament die Vorlage durchdrückt und die Frauen schlechterstellt, werden wir das Referendum ergreifen. Wir zählen auf deine Unterstützung beim Unterschriftensammeln.

Die Moral von der Geschichte? Beim Geld lernt man die Leute kennen.

Darum: Ergreifen wir Partei für eine sozialere Schweiz und machen einen lauten Wahlkampf. Nur wenn wir nach den Wahlen im Herbst im Parlament besser vertreten sind, ändert sich etwas

In diesem Sinne grüsst euch solidarisch
Pia Wildberger

INHALT

- 4 **Kaufkraft-Killer #1: Wohnkosten**
Wie wir Partei für die Mieter:innen ergreifen
- 6 **OECD-Mindeststeuer: Zug profitiert, die Schweiz verliert**
Die Gründe für die Nein-Parole der Parteitags-Delegierten
- 7 **Altersarmut: Die Pensionskassen-Vorlage verschlimmert die Situation**
Warum wir das Referendum ergreifen, wenn die Vorlage durch die Schlussabstimmung kommt
- 8 **Erdbeben in Türkei und Syrien**
Den türkischen Behörden sollten wir misstrauen
- 9–12 **Berichte aus den Kantonen**
- 13 **Schweizer Doppelmoral im Ukraine-Krieg**
Warum wir für uns für die Minenräumung einsetzen
- 14 **Kein Platz für Rassismus und Diskriminierung!**
Die SP engagiert sich innerhalb der Partei gegen Rassismus und Diskriminierung
- 15 **SP Frauen: erfolgreiche Energie-Stammtische**
Damit Frauen die Energiewende mitprägen
- 16 **Kochen fürs Klima: Mit Herz und Gaumen dabei**
Die lokale Küche geht Küchenchef Gian Cramerer über alles
- 18 **5 Fragen an Neumitglied Max Wyss, 83, Seismologe**
- 19 **Anlässe der SP Schweiz, von Movendo und von der Anny-Klaw-Morf-Stiftung**



Gegen «Fake News» im Fall Windisch

Die SP gelangt mit einer Beschwerde an den Presserat. Grund für das ungewöhnliche Vorgehen: 20 Minuten und anderen Medien behaupteten mehrfach und wider besseren Wissens, dass Mieter:innen in Windisch gekündigt worden sei, weil ihre Wohnungen als Asylunterkunft benötigt würden. Richtig ist: Die Eigentümer wollen die Liegenschaft abreißen und verschickten darum den Kündigungsbrief. Die Fake-News-Geschichte wurde von der SVP-Gemeindepräsidentin in die Welt gesetzt. Wenn Medien als willfährige

Gehilfen der SVP auftreten und Stimmung gegen Asylbewerber:innen machen, ist dies brandgefährlich. Asylbewerber:innen schlägt in der Öffentlichkeit und auf den sozialen Medien eine Welle des Hasses entgegen. Und solche Falschmeldungen sind kaum mehr aus der Welt zu schaffen. Fast 15 000 Personen haben innert weniger Tage unsere Beschwerde unterstützt. Erfahrungsgemäss wird es einige Monate dauern, bis der Presserat entscheidet. Wir halten euch auf dem Laufenden.

Kennst du schon «direkt»?

Die Website der SP Schweiz informiert über aktuelle und relevante Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – stets aus einer sozialdemokratischen Perspektive.

www.direkt-magazin.ch



Abonniere jetzt den
wöchentlichen Newsletter

DIREKT

Keine Luxussteuer auf Tampax & Co.

Wer menstruiert, bezahlt übers ganze Leben im Schnitt mehrere Tausend Franken für Monatshygieneartikel – inklusive Mehrwertsteuer von 7,7 Prozent. Das soll sich nun ändern. Der Ständerat hat entschieden, dass es sich bei den Produkten rund um die Monatsblutung nicht um Luxusgüter handelt. Neu sollen Binden, Tampons und Co. mit einem reduzierten Mehrwertsteuersatz von 2,5 Prozent besteuert werden. Der Bund rechnet mit Mindereinnahmen von rund fünf Millionen Franken. Dieser Betrag unterstreicht, wie stark das Portemonnaie von Frauen durch die hohe Mehrwertsteuer belastet wurde.

Beschämender Entscheid

**ARMUT
IST KEIN
VERBRECHEN!**

Armut kann uns alle treffen, gerade die Coronakrise hat das eindrücklich gezeigt. Dennoch sprach sich die staatspolitische Kommission des Ständerats knapp gegen die parlamentarische Initiative «Armut ist kein Verbrechen» von Nationalrätin Samira Marti aus. Das Nein ist nicht nachvollziehbar. So können seit Jahrzehnten in der Schweiz lebende Ausländer:innen weiterhin des Landes verwiesen werden, nur weil sie in der Not Sozialhilfe beziehen müssen. Die Initiative verlangt, dass für Ausländer:innen nach zehn Jahren Aufenthalt in der Schweiz der Bezug von Sozialhilfe kein Grund mehr für eine Ausweisung sein darf. Nun müssen wir darauf zählen, dass der Ständerat das Nein seiner vorberatenden Kommission korrigiert. Die von der SP, der Unia und der Schweizerischen Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht (SBAA) ins Leben gerufene Initiative wird von einem Bündnis aus über 80 Organisationen, unter anderem Caritas und der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), unterstützt. Eine entsprechende Petition wurde von über 18 000 Personen unterzeichnet.



Der Comic von Klara Stark, Schülerin am Berner Gymnasium Kirchenfeld, ist vom 18. bis 26. März 2023 am Fumetto Comic Festival Luzern ausgestellt. Er ist ein Beitrag zum internationalen Wettbewerb zum Thema «Zuhause», der in Zusammenarbeit mit dem Mieterinnen- und Mieterverband Luzern NW OW UR durchgeführt worden ist. → www.fumetto.ch

Notwehr gegen neue Landvögte

Kaufkraft-Killer Nummer eins sind die Wohnkosten. Deshalb müssen wir dringend Massnahmen ergreifen, um die unverschämte Umverteilung von unten nach oben zu stoppen.

78 Milliarden Franken – das sind 78 000 Millionen Franken – haben Mieterinnen und Mieter in den letzten 15 Jahren zu viel bezahlt. Die Mieten sind an die Kosten gebunden und von Gesetzes wegen darf nur eine beschränkte Rendite erzielt werden – theoretisch. Wegen der rekordtiefen Zinsen hätten die Mieten darum in den letzten Jahren massiv sinken müssen. Praktisch passierte aber – gesetzeswidrig – das Gegenteil. Die Mieten sind massiv gestie-



Jacqueline Badran,
Nationalrätin ZH

gen und liegen heute rund 40 Prozent zu hoch.

Allein im Jahr 2021 haben die Mieter:innen 10,5 Milliarden Franken zu viel hingebblättert. Pro Haushalt ergibt das 370 Franken pro Monat! Das macht die Mieten mit grossem Abstand zum Kaufkraft-Killer Nummer eins.

Umverteilung von unten nach oben

Wie ist das möglich? Die Hypothekenzinssenkungen wurden nur teil-

weise weitergegeben, und – viel schlimmer noch – bei Neuvermietungen nach Umzügen werden die Mieten monatlich um 400 bis 600 Franken erhöht. Völlig leistungsfrei holen sich die Vermieter:innen so schamlos und gesetzeswidrig mehr Rendite. In anderen Worten: Das Geld wird von unten nach oben umverteilt, von den Einkommen der Menschen zu den Kapitaleigentümern. All dies, ohne dass ein Stein auf den anderen gesetzt oder eine Wertschöpfung erzielt worden wäre.

So wurde der Immobilienmarkt zur grössten Umverteilungsmaschi-

nerie von unten nach oben. Er wirkt wie ein riesiger Staubsauger, der den Menschen, die von Lohn und Rente leben, das Einkommen absaugt.

Die Aufweichung der Lex Koller als Grundübel

Wer macht das? In Zürich hat sich der Anteil von Wohnungen im Eigentum von börsenkotierten Immobiliengesellschaften und Fonds in den letzten zwölf Jahren von 24 auf 33 Prozent erhöht. Jeder zweite Börsengang in der Schweiz betrifft eine Immobilien-AG. Ganze Immobilienportfolios werden in neue Immobilienfonds verschoben.

Nach der Aufweichung der Lex Koller gehören diese Konzerne unter anderem dem globalen Kapital wie BlackRock, JPMorgan Chase, BNP Parisbas und Citibank – also den globalen Investmentbanken. So buhlt immer mehr Kapital um den knappen Boden und verteuert alles. Auch das selbstbewohnte Wohneigentum können sich heute nur noch Menschen leisten, die viel erben.

In der Sprache der Wirtschaftskonzerne nennt man das einen «very unfriendly takeover» – eine sehr unfreundliche Übernahme unseres

Wohnraums. Die Immobilienkonzerne agieren wie Landvögte, denen wir den modernen Zehnten abgeben müssen. Das schreit nach Notwehr.

Die 10,5 Milliarden Franken, die Mietende 2021 zu viel bezahlt haben, fehlen den Menschen im Portemonnaie. Sie fehlen den Menschen beim Sparen fürs Alter. Sie fehlen dem Gewerbe und dem Wirtschaftskreislauf.

Was tun?

Was nützt unser Kampf für bessere Löhne und höhere Renten, wenn alles und darüber hinaus durch die Mieten oder das selbstbewohnte Eigentum weggefressen wird? Auf dem parlamentarischen Weg hatten wir bis jetzt keine Chance. Die bürgerliche Mehrheit kümmert sich keinen Deut um die Mietenden. Auch in den Medien ist das Echo bescheiden.

Wir sind die Partei, die für mehr Kaufkraft sorgen muss. Wir müssen darum dringend die «unfreundliche Übernahme» unseres Wohnraums stoppen, die alle Errungenschaften bei Löhnen und Renten plattwalzt. Darum schalten wir in den Notwehrmodus und ergreifen Partei für bezahlbare Mieten!

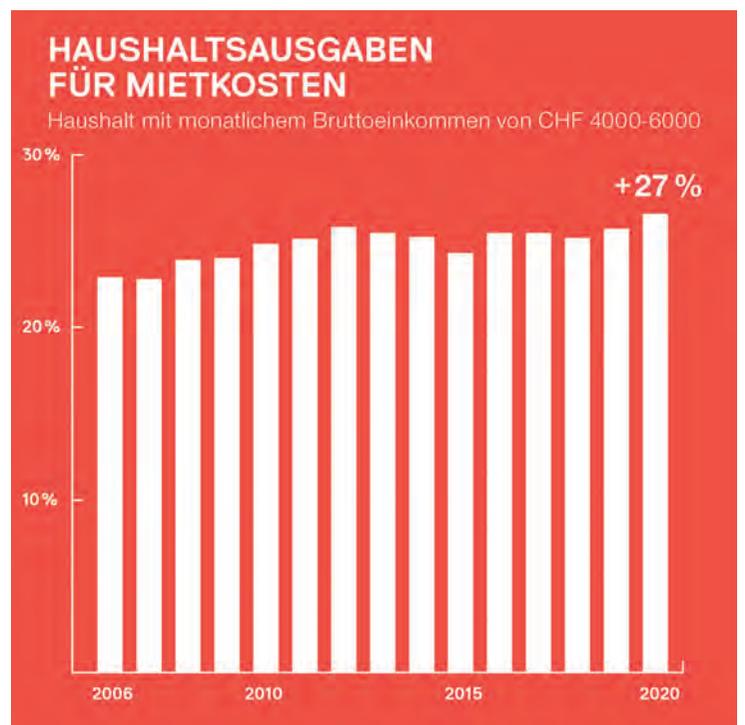
WIR ERGREIFEN PARTEI FÜR BEZAHLBARE MIETEN

Am Parteitag vom 25. Februar 2023 in Freiburg haben die Delegierten das Parteipräsidium mit der Ausarbeitung von Massnahmen beauftragt, um die unverschämte und ungesetzliche Abzockerei der Mieter:innen durch die Immobilienlobby zu stoppen und für bezahlbare Mieten zu sorgen. Zur Debatte stehen zahlreiche Massnahmen, beispielsweise folgende:

- Die zulässige Mietrendite muss wirksam und automatisch in regelmässigen Abständen geprüft werden. Dafür soll eine Revisionspflicht der Mietrenditen eingeführt werden.
- Die Förderinstrumente für gemeinnützige Wohn- und Gewerbeimmobilien müssen ausgebaut werden.
- Es braucht ein Verkaufsverbot von Boden in öffentlichem Besitz sowie ein Vorkaufsrecht für Boden und Immobilien durch die öffentliche Hand.
- Immobilien müssen dem Geldwäschereigesetz unterstellt werden.
- Die Ausnahmen von der Lex Koller müssen rückgängig gemacht werden. Wir müssen anonymes Finanzkapital aus dem Immobilienbereich heraushalten, um die Verteuerung von Mieten und Wohneigentum zu bremsen.

Über die mögliche Lancierung einer Volksinitiative (zusammen mit dem Mieter:innenverband) entscheidet der Parteitag auf Antrag des Parteirats voraussichtlich im Jahr 2024.

REALITÄTS-CHECK: WIE VIEL MIETER:INNEN FÜRS WOHNEN BEZAHLEN





**STAND
PUNKT**

Matthias Aebischer, Nationalrat BE

Vereinbarkeit: Es bewegt sich etwas

Noch immer zahlt es sich für Eltern von kleinen Kindern nicht in jedem Fall aus, ausser Haus einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Denn der dabei erzielte Lohn geht oft für die Kinderbetreuung drauf. Doch das könnte sich gerade ändern. Im Zusammenhang mit der Gleichstellung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie machen sich ausländische Medien gerne über die Schweiz lustig. So schrieb die BBC in London vor kurzem: «Trotz des hohen Lebensstandards und Einkommens hinkt die Schweiz, eines der reichsten Länder der Welt, anderen Industrieländern in Bezug auf Lohngleichheit und Gleichstellung der Geschlechter hinterher. Ein historischer Rückstand.» Nicht nur die späte Einführung des Frauenstimmrechts, auch aktuelle Statistiken belegen diese Behauptungen. Vergleicht man die Kosten, die Eltern für die Kindertagesbetreuung in den OECD-Ländern zu bezahlen haben, so liegt die Schweiz auf dem allerletzten Platz. Eine Familie mit zwei Kindern bezahlt in Österreich für die Kita 3 Prozent des durchschnittlichen Gesamteinkommens. In Deutschland sind es 11 Prozent, in Frankreich 22 Prozent und in der Schweiz sage und schreibe 65 Prozent. Viele Eltern erhöhen mit der Aufstockung des Arbeitspensums also nicht das Familienbudget, sondern bezahlen damit die Kita-Rechnung. Je nach Kanton resultiert gar ein Verlustgeschäft. Seit Jahrzehnten kämpft die SP gegen diesen Missstand an. Auf allen Ebenen wurden Vorstösse eingereicht, wurden Volksabstimmungen bestritten. Fast immer wurden wir auf Feld Eins zurückgeworfen, und die Schweiz konnte die rote Laterne nicht abgeben. Nun tut sich etwas. Dank dem akuten Arbeits- und Fachkräftemangel haben wir neue Verbündete erhalten. Der Arbeitgeberverband rechnet vor, dass in fünf Jahren mehr als 200 000 Stellen in der Schweiz nicht besetzt sind – und wie schlecht dies für die Schweizer Wirtschaft wäre. Wir können zwar weiterhin Arbeitskräfte aus der EU oder aus Drittstaaten holen. Noch besser wäre jedoch, das inländische Potenzial besser auszus schöpfen. Dies erreichen wir nur, wenn wir die Voraussetzungen dafür massiv verbessern. In der Frühlingssession hat die SP zusammen mit der bürgerlichen Mitte ein Paket durch den Nationalrat gebracht, das die Kitapreise in der Schweiz um 20 Prozent reduzieren wird. Eine satte Mehrheit stimmte dem 770-Millionen-Paket zu. Nun kommt es im Sommer in den Ständerat. Wir bleiben dran.

Nein zur OECD-Mindeststeuer

Am Parteitag haben die Delegierten mit deutlichem Mehr die Nein-Parole zur Umsetzung der OECD-Mindeststeuer gefasst. Warum?



David Roth, Luzerner Kantonsrat und Vizepräsident der SP Schweiz

Dank einer internationalen Einigung muss auch die Schweiz die Gewinnsteuern von grossen Unternehmen auf einen Mindestsatz von 15 Prozent erhöhen. Das ist für die SP eine Genugtuung. Doch die konkrete Umsetzung der Vorlage wurde in Bundesbern festgelegt und ist von der rechten Mehrheit im Parlament geprägt. Entsprechend profitiert vom zu erwartenden Geldsegen nicht die breite Bevölkerung. Im Gegenteil, die Bürgerlichen pervertieren die Reform zu einer Steuersenkungsorgie. Ein Nein zur Umsetzung wird das Parlament zwingen, eine gerechtere Vorlage auszuarbeiten.

Wer hat, dem wird gegeben

Die Umsetzung der Mindeststeuer beschert Zug Einnahmen von 1800 zusätzlichen Steuerfranken pro Kopf. Der Kanton Baselland hingegen könnte mit den erwarteten Mehreinnahmen seinen Einwohner:innen nicht einmal eine warme Mahlzeit bezahlen. Denn die Einnahmen sollen nicht nach Massgabe der Bevölkerungsgrösse verteilt werden, sondern dorthin zurückfliessen, wo sie anfallen. Die Reform führt damit nicht zu einer gerechteren Verteilung des gemeinsam erwirtschafteten Wohlstands, sondern zu einer Verschärfung der Ungleichheiten in der Schweiz.

Doping für den ruinösen Steuerwettbewerb

Die unfaire Verteilung der Gelder führt vor allem in den Kantonen Basel-Stadt und Zug zu übervollen Kassen. Die beiden Kantone haben bereits angekündigt, mit den zusätzlichen Mitteln das Steurdumping weiter anzukur-

beln: Die Firmen sollen auf anderen Wegen mit Geschenken bedacht werden, und reichen Expats sowie Einkommensmillionär:innen soll mit finanziellen Zustüpfen der rote Teppich ausgerollt werden.

Die Einführung der OECD-Mindeststeuer wird eine neue Ära der Steuer geschenke und Privilegien für Firmen und Reiche einläuten. Sobald die ersten Kantone damit beginnen, werden die anderen nachziehen (müssen). Am Ende wird weniger Geld für die Bevölkerung vorhanden sein als vor der Einführung der Mindeststeuer.

So hat der Kanton Luzern beispielsweise angekündigt, mit den 55 Millionen Franken, die die Mindeststeuer in seine Kassen spülen dürfte, Steuersenkungen im Wert von über 200 Millionen zu realisieren. Einmal mehr wird die breite Bevölkerung die Löcher mit Steuererhöhungen und Abbaupaketen stopfen müssen.

Die Bevölkerung geht leer aus

Die Schweiz könnte die Mehreinnahmen dringend gebrauchen, um die Kaufkraft der Menschen zu stärken und eine familien- und klimafreundliche Politik zu finanzieren. Die SP fordert darum, dass die Mehreinnahmen aus der Umsetzung der OECD-Steuerreform für Klimaprojekte, für die Kinderbetreuung und für die Verbilligung der Krankenkassenprämien verwendet werden. Dieses Geld darf nicht in den Taschen von Reichen und Grosskonzernen verschwinden. Nein zu dieser Umsetzung der OECD-Mindeststeuer!

«Am Ende wird weniger Geld für die Bevölkerung vorhanden sein als vorher.»



Wir ergreifen Partei für die Rentner:innen

Wenn die bürgerlichen National- und Ständerät:innen ihre Vorstellungen bei der Pensionskassen-Vorlage in der Märzsession durchdrücken, ergreifen wir das Referendum. Nach den Schlussabstimmungen von nächstem Freitag wissen wir, wie's weitergeht. Wir sind auf jeden Fall bereit! Pia Wildberger

Monika B. hat ihr Leben lang hart gearbeitet, vier Kinder grossgezogen und ihren Mann gepflegt, als er mit 50 Jahren an Parkinson erkrankte und schon bald die Arbeit aufgeben musste. Neben ihrem 80-Prozent-Job im Pflegeheim betreute sie ihn unentgeltlich bis zum Le-

bensende. Der Lohn? Eine Rente knapp am Existenzminimum. Und die Fixkosten wie Krankenkassenprämien, Miete und Steuern sind für niedrige Einkommen hoch. «Jeden Rappen muss ich drei Mal umdrehen. Ferien, Ausflüge, Konzerte oder Kinobesuche sind gestrichen.» Auch Geschenke für die Enkel liegen kaum drin. Das schmerzt.

Monika B. ist kein Einzelfall. Altersarmut trifft vor allem Frauen. Sie konnten nicht genug in der Pensionskasse ansparen, weil sie häufig beruflich zurücksteckten, um dem Gatten den Rücken frei zu halten, Angehörige zu pflegen oder Kinder zu erziehen. 2021 mussten fast 220 000 Menschen Ergänzungsleistungen zur AHV beziehen, zwei Drittel davon waren Frauen. Weitere 300 000 ältere Menschen leben an der Armutsgrenze. Der Verfassungsauftrag, dass AHV-Renten existenzsichernd sein müssen, wird klar nicht erfüllt.

Weniger Rente wegen Pensionskassen-Vorlage? Nein danke!

«Es ist eine Schande, dass in einem reichen Land wie der Schweiz Menschen in Altersarmut leben

müssen», sagt Barbara Gysi, Nationalrätin aus Sankt Gallen. Mit der laufenden Reform der zweiten Säule drohen nun gar Rentenkürzungen von bis zu zwölf Prozent: Im Parlament wollen die Bürgerlichen eine Vorlage durchdrücken, die für viele Versicherte und vor allem für Frauen schlussendlich weniger Geld im Portemonnaie bedeutet.

Für 45-Jährige mit einem Jahresbruttoeinkommen von 70 000 Franken bedeutet die Reform beispielsweise, dass die monatlichen Beiträge um 100 Franken steigen – und das für knapp 100 Franken weniger Rente pro Monat.

Noch stossender ist, dass vor allem die tiefen Einkommen stärker belastet werden sollen. Sie zahlen mit der Reform monatlich deutlich höhere Beiträge für geringfügig höhere Renten. Damit werden sie aber im Alter nicht mehr Geld zur Verfügung haben: Denn die Ergänzungsleistungen werden dann einfach im gleichen Umfang gekürzt, wie die PK-Rente steigt. Unter dem Strich stehen diese Personen schlechter da.

Das ist inakzeptabel. Wenn die Pensionskassen-Vorlage ganz nach dem Geschmack der rechten Mehrheit ausfällt, ergreifen wir das Referendum. Kommenden Freitag werden wir sehen, ob die Bürgerlichen das Paket in der Schlussabstimmung durchdrücken. Wir sind bereit, für die Rentner:innen Partei zu ergreifen!

UNSERE FORDERUNGEN AUF EINEN BLICK

- Um die Frauenrenten in der beruflichen Vorsorge zu verbessern, braucht es auch in der zweiten Säule solidarisch finanzierte Betreuungsgutschriften. Nur so wird auch Care-Arbeit berücksichtigt.
- Die AHV muss gestärkt werden. Es braucht einen schrittweisen Ausbau der AHV und eine Umlagerung der Beiträge von der zweiten Säule in die AHV, denn diese werden viel effizienter eingesetzt. 92 Prozent der Versicherten erhalten mehr aus der AHV, als sie einzahlen.
- Die Profitmacherei mit Renten muss endlich ein Ende haben. Die hohen Vermögensverwaltungskosten, die überrassene Gewinnbeteiligung der Versicherer von zehn Prozent und die fürstliche Entlohnung der Broker gehören eingeschränkt. Es darf nicht sein, dass sich die Versicherungsbranche eine goldene Nase am Altersgut haben der Versicherten verdient.



STAND PUNKT

Mustafa Atici, Nationalrat BS mit türkischen Wurzeln, Präsident der SP Migrant:innen

ERDBEBEN IN DER TÜRKEI UND SYRIEN

Die Behörden müssen endlich handeln!

Die verheerenden Erdbeben, die seit dem 6. Februar 2023 die Türkei und Syrien erschüttern, betreffen viele Menschen in der Schweiz ganz direkt. Zahlreiche Privatpersonen sowie die alevitischen und kurdischen Vereine sammelten in der ersten Woche nach der Katastrophe Kleider, Medikamente oder Zelte für Hilfsaktionen. Auch die Schweiz reagierte einmal mehr vorbildlich – mit ihrer professionellen Katastrophenhilfe und der überwältigenden Solidarität, wie die über 24 Millionen Franken Spenden an die Glückskette zeigen.

Misswirtschaft ist politisch gewollt

Dennoch müssen wir realistisch bleiben: Das Misstrauen gegenüber den türkischen Behörden ist berechtigt. Die Türkei ist kein Rechtsstaat, Korruption und Misswirtschaft haben System und sind politisch gewollt. Die tatsächliche Tragödie im Erdbebengebiet ist nicht die Naturgewalt, sondern das Versagen der Behörden. Spätestens seit dem schweren Erdbeben von 1999 waren alle vorgewarnt. Alle wussten, was hätte getan werden sollen. Aber die Günstlingswirtschaft der Regierung untergräbt alles: Der politische Machterhalt wird erkaufte, indem zum Beispiel elementarste Bauvorschriften missachtet werden können. Dies ist die kriminelle Ursache für zehntausende Tote. Aber auch die Katastrophenhilfe funktioniert mehr schlecht als recht, und viele Hilfsorganisationen agieren zweifelhaft. Wir müssen nun sehr genau hinschauen, wohin unsere Hilfsgelder fließen.

Das Wichtigste ist aber, dass die Überlebenden den Winter überstehen. Viele türkisch- und kurdischstämmige Familien wollen jetzt ihre Familienangehörigen für ein paar Wochen auf eigene Kosten in die Schweiz einladen, bis die Temperaturen steigen. Ich erwarte, dass die Schweiz diesen Menschen mit einem Tourist:innenvisum unbürokratisch entgegenkommt. Im Frühjahr sollen diese Menschen dann wieder zurückreisen, denn beim Wiederaufbau werden sie dringend gebraucht. Leider ist dieses Vorgehen auch vier Wochen nach der Katastrophe immer noch nicht Realität.



Solidar Suisse, das Hilfswerk der SP, führt in Syrien und in der Türkei Hilfsprojekte durch. Hier kannst du direkt für Nothilfe spenden: → www.solidar.ch/de/erdbeben-tuerkei-syrien

Die Schweiz hat ein Demokratieproblem

In der Schweiz bezahlen zwei Millionen Menschen Steuern, ohne mitbestimmen zu können. Sie besitzen keinen roten Pass, weil der Weg zum begehrten Dokument einem Hürdenlauf gleichkommt. Mit einer Volksinitiative will die Aktion Vierviertel das ändern, denn gleiche Rechte bilden das Fundament einer modernen Demokratie. Die SP unterstützt die Initiative.



Arber Bullakaj, Nationalratskandidat SG

«Mit wem lebt der Bär im selben Gehege? Nennen Sie mir die Dorfbeizen. Wie oft beten Sie? Wieso laufen Sie mit Trainerhosen durch das Dorf?» Solch absurde Fragen müssen Ausländer:innen in den Einbürgerungsgesprächen beantworten. Das Ziel dieses Vorgehens: gezielte Selektion der neuen Schweizer:innen durch bewusste Spitzfindigkeiten.

Die Schweiz verfügt über eines der restriktivsten Einbürgerungsrechte Europas. Dies führt dazu, dass über zwei Millionen Menschen hier Steuern bezahlen, arbeiten und leben, jedoch nichts zu sagen haben. Und wehe, sie rutschen in die Armut ab. Dann droht ihnen sogar nach Jahrzehnten Aufenthalt in der Schweiz die Ausschaffung. Auch mit Blick auf die eidgenössischen Wahlen im Herbst ist es medial kaum ein Thema, dass nur drei Viertel der Schweizer Bevölkerung mitreden dürfen.

Gleiche Rechte für alle

Damit muss Schluss sein. Es ist höchste Zeit für ein Bürger:innenrecht, das den Ansprüchen der Schweizer Demokratie gerecht wird. Die Schweiz braucht einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel: An die Stelle der heute oft willkürlichen und bisweilen schikanösen Verfahren soll ein Anspruch auf Einbürgerung für alle treten, die dauerhaft hier leben. Gleiche Rechte bilden das Fundament einer modernen Demokratie und sind kein Privileg, das man sich als Bittsteller:in verdienen muss.

Deshalb hat der Verein Aktion Vierviertel eine Volksinitiative lanciert. Diese eliminiert die Willkür und die nicht mehr zeitgemässen kantonalen und kommunalen Wohnsitzfristen. An deren Stelle

treten objektive und grundsätzlich niederschwellige Bedingungen, die in einem pragmatischen Kompromiss ausgearbeitet wurden.

175 Jahre nach der Gründung der modernen Schweiz und 52 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts ist es höchste Zeit für eine vollwertige Demokratie. Wir müssen die Flucht nach vorne ergreifen. Zeigen wir der Schweiz, dass die SP an vorderster Front kämpft, indem wir für eine Vierviertel-Demokratie Partei ergreifen.

Mehr dazu: → www.aktionvierviertel.ch



AUF EINEN BLICK

Konkret fordert die Initiative, dass Ausländer:innen auf Gesuch hin Anspruch auf Erteilung des Bürgerrechts haben, sofern sie:

- sich seit fünf Jahren rechtmässig in der Schweiz aufhalten,
- nicht zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden sind,
- die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährden,
- über Grundkenntnisse einer Landessprache verfügen.

Der Start der Unterschriftensammlung ist für den 1. Mai 2023 geplant.

Das Wahljahr



Es geht los! Die ersten Spekulationen über die Resultate der National- und Ständeratswahlen werden gemacht. Welche Partei wird zulegen, welche wird Federn lassen? Es geht jedoch nicht um die Grösse der Partei, sondern darum, welche Partei sich tatsächlich für eine Verbesserung der Lebenssituation der weniger privilegierten Bevölkerungsgruppen einsetzt. Die SP ergreift Partei für diese Menschen. Wir setzen uns ein für gute Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, qualitativ gute hochwertige Bildung, die KMU und eine nachhaltige Klima- und Energiepolitik. Und wir wehren uns vehement gegen eine zunehmend menschenverachtende Asylpolitik, einen weiteren Abbau im Sozialbereich und zusätzliche Steuergeschenke an die grössten Unternehmen, wie dies die bürgerlichen Parteien wollen.

Um unsere Ziele vorwärtszubringen, ist es selbstverständlich wichtig, dass wir so viele Sitze wie möglich im Nationalrat sowie den Ständeratssitz gewinnen. Deswegen sind wir euch sehr dankbar, wenn ihr möglichst viele Bewohner:innen aus dem Aargau persönlich sensibilisiert und mobilisiert. Unsere Kandidat:innen sind bereit, euch dabei zu unterstützen. Ihr könnt sie über die Webseite einladen, an ungezwungenen Anlässen gemäss euren Vorstellungen teilzunehmen.

Nora Langmoen von Baden
ist Co-Präsidentin der SP Aargau
und Badener Einwohnerrätin.

Massnahmen gegen den Fachkräftemangel

Im Januar besuchte ich im Rahmen meiner «unterwegs für den Aargau»-Tour die Pflegeri in Muri und Rivella in Rothrist. Was bei beiden Besuchen klar zum Ausdruck kam: Der Fachkräftemangel ist auch im Aargau ein grosses Problem.



Gabriela Suter von Aarau ist SP-Nationalrätin. Sie kandidiert im Oktober auch für den Ständerat.

Die Unternehmen fahren verschiedene Strategien: Sie verstärken ihr Engagement in der Ausbildung und stellen mehr Lernende ein in der Hoffnung, diese würden später im Betrieb bleiben. Sie versuchen, mit attraktiven Anstellungsbedingungen zu punkten – mehr Lohn, mehr Ferientage, bessere Sozialleistungen, flexiblere Arbeitszeiten. Andere rekrutieren im Ausland – etwa das Kantonsspital Aarau, das kürzlich in Rom Stelleninserate schaltete.

All diesen Bestrebungen ist gemeinsam, dass sie das Problem nicht an der Wurzel packen. Wenn wir ausländische Fachleute anwerben, hilft das zwar hier, die Leute fehlen dann aber in ih-

ren Herkunftsländern. Wenn die Firmen mit besonders guten Anstellungsbedingungen und höheren Salären um Mitarbeitende buhlen, ist das selbstverständlich sehr zu begrüssen (wobei gute Anstellungsbedingungen und faire Löhne eine Selbstverständlichkeit sein sollten). Aber eigentlich werben die Firmen sich mit diesen Massnahmen nur gegenseitig die Angestellten und Lernenden ab, der Pool an Fachkräften wird deswegen nicht grösser. Nachhaltige Lösungen sind deshalb gefragt! Ich sehe ein grosses Potenzial darin, das Arbeitskräftepotenzial von Frauen und Menschen mit Behinderungen besser zu nutzen. Dafür braucht es gute Rahmenbedingungen, die die Politik schaffen muss:

- Alle Kinder bis Ende der Primarschule sollen ein Anrecht auf einen bezahlbaren Betreuungsplatz haben – so wie das unsere Kita-Initiative fordert. Damit fördern wir die Verein-

barkeit von Familie und Beruf. Langfristig führt nichts an der flächendeckenden Einführung von freiwilligen öffentlichen Tagesschulen vorbei. Es braucht mehr Teilzeitstellen für Frauen und Männer. Wenn beide Elternteile je zu 80 Prozent arbeiten, wird das Potenzial von beiden optimal genutzt und erst noch für die nötige Work-Life-Balance gesorgt. Die steuerliche Benachteiligung von berufstätigen Ehepaaren muss mit der Individualbesteuerung beseitigt werden.

- Viele Unternehmen tun sich noch immer schwer, Menschen mit Behinderungen anzustellen. Die Firmen sollten das brachliegende Potenzial nutzen und sich endlich für Inklusion öffnen. Die Schweiz könnte sie gesetzlich dazu verpflichten – wie das in Deutschland bereits der Fall ist. So sorgen wir für einen inklusiveren Arbeitsmarkt und letztlich für eine inklusive Gesellschaft.

Damit am Ende des Monats mehr Geld im Portemonnaie bleibt

Die Kaufkraft vieler Menschen gerät immer stärker unter Druck. Während die Krankenkassenprämien und die Mieten stetig steigen, stagnieren die Löhne und die Renten. Für die SP Kanton Bern ist klar: Die Haushalte müssen entlastet werden. Die SP-JUSO-Fraktion hat deshalb ein umfassendes Vorstosspaket zur Stärkung der Kaufkraft eingereicht.

Bei vielen Menschen bleibt am Ende des Monats immer weniger Geld übrig. Das Leben wird teurer. Mieten und Krankenkassenprämien steigen rasant an. Löhne und Renten stagnieren oder werden gar gekürzt und können so die hohen Lebenskosten immer weniger decken. Kurz: Die Kaufkraft ist unter Druck! Die SP-JUSO-Fraktion hat deshalb in der Frühlingssession des Grossen Rats ein umfassendes Vorstosspaket zur Stärkung der Kaufkraft eingereicht. Darin gefordert werden unter anderem ein Ausbau der Prämienverbilligungen, mehr Entlastung für Familien und ein gerechteres Steuersystem.

Prämienverbilligungen ausbauen

Die Krankenkassenprämien haben sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Auf nationaler Ebene haben wir deshalb die Prämien-Entlastungs-Initiative eingereicht. Diese hat zum Ziel, dass kein Haushalt mehr als zehn

Prozent seines verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben muss. Bis es aber so weit ist, müssen wir die Prämienverbilligungen ausbauen. Der Kreis der Anspruchsberechtigten soll deshalb erweitert werden. Zudem soll die Höhe der Prämienverbilligungen an die Teuerung und den Anstieg der Krankenkassenprämien angepasst werden.

Familien entlasten

Neben den Krankenkassenprämien drücken die steigenden Mieten besonders auf die Haushaltskosten. Gerade Familien mit kleinem Budget sind betroffen. Deshalb soll der Kanton Bern Familienmietzinsbeiträge ausrichten, um Familien finanziell zu entlasten, deren Haushaltsbudget übermässig durch die Mietzinsen belastet wird. Der Kanton Basel-Stadt kennt diese Familienmietzinsbeiträge schon seit längerem und hat damit sehr

gute Erfahrungen gemacht. Um die Familien zusätzlich zu entlasten, soll der Kanton Bern zudem auch die Kinderzulagen erhöhen.

Gerechtere Steuern

Die Steuern sind ein weiterer wichtiger Faktor und belasten insbesondere den Mittelstand. Zwar werden auch im Kanton Bern die Einkommenssteuern progressiv erhoben, sprich: Je höher das Einkommen, umso höher ist der Steuertarif. Allerdings steigt die Berner Progressionskurve nicht stetig an, sondern flacht bei den hohen Einkommen ab. Der Steuersatz ist für die Mittelschicht und für Multimillionäre praktisch gleich hoch. Dies soll zugunsten der niedrigen und mittleren Einkommen geändert werden. Durch höhere Steuertarife für die hohen Einkommen sollen die gesamten Steuereinnahmen aber gleichbleiben.

Dies sind nur drei Themenbereiche aus dem gesamten Vorstosspaket. Alle Vorstösse haben das Ziel, dass bei der Bevölkerung am Ende des Monats mehr Geld im Portemonnaie bleibt. Wir ergreifen Partei für mehr Kaufkraft und Wohlstand für alle!



Regierung schiebt Kita-Lösung auf die lange Bank

Es ist wirklich nicht zu glauben: Die Regierung hatte ein ganzes Jahr lang Zeit, um eine begründete Haltung zu unserer Kita-Initiative zu entwickeln. Weshalb das nicht gereicht hat? Wir verstehen es nicht! Zumal die Thematik schon lange bekannt ist und auch vom Kantonsrat verabschiedete Vorstösse in Bearbeitung sind.

Anstatt die 40 bis 60 Millionen Mehrkosten für eine gute Kita-Versorgung im ganzen Kanton bereitzustellen, bringt die Regierung gar ein Steuersenkungspaket in die Vernehmlassung. Das zeigt die fehlende Priorität einer ernsthaften Luzerner Familienpolitik. Aus wahltaktischen Gründen lässt die Luzerner Regierung Familien und die Wirtschaft im Regen stehen. Der Ausbau der Kita-Infrastruktur und eine staatliche Unterstützung der Elterntarife ist nämlich längst auch eine Forderung von KMU-Betrieben, denn nur so kann dem Fachkräftemangel nachhaltig begegnet werden.

Der Kanton Luzern ist der letzte Kanton ohne eine Gesetzgebung für die vorschulische Kinderbetreuung. Die Luzerner Regierung hat das Thema viel zu lange verschlafen. Auch die Kitas sind von akutem Fachkräftemangel betroffen. Wenn nicht das System als Ganzes mehr Anerkennung erfährt, sind Abbau



Maria Pilotto,
Grossstadträtin Luzern



Urban Sager,
Kantonsrat Luzern

und Rückschritte vorprogrammiert. Jeder Tag, der ohne eine deutliche Verbesserung der Kita-Unterstützung verstreicht, ist einer zu viel! Zwei Forderungen unserer Initiative sind in der aktuellen Situation denn auch dringender denn je:

Bezahlbare Tarife

Die hohen Kosten für die Kita – wenn auch je nach Gemeinde im Kanton unterschiedlich hoch – hindern Eltern oftmals an der Nutzung. Durch die Initiative werden die von den Eltern zu tragenden Ausgaben und Tarife für die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter einkommensabhängig reduziert und betragen maximal 30 Prozent der Vollkosten pro Kind.

Gute Arbeitsbedingungen in Kitas

Hohe Qualität in der Betreuung ist auch eine wichtige Voraussetzung, dass Eltern das Angebot nutzen. Deshalb fordert die Initiative vom

Kanton Luzern faire Arbeitsbedingungen für die in der familienergänzenden Kinderbetreuung tätigen Personen. Das ist zudem die einzig nachhaltige Massnahme, um den Fachkräftemangel in den Kitas und die Abwanderung von Personal zu stoppen.

Deshalb lehnen wir die Fristerstreckung ab und fordern den Regierungsrat dazu auf, Stellung zur Initiative zu nehmen und diese möglichst rasch dem Volk vorzulegen. Denn wir dürfen keine Zeit verlieren – es braucht endlich Lösungen für die Kita-Problematik. Unsere Initiative ebnet dazu den Weg.

«Wir dürfen keine Zeit verlieren – es braucht endlich Lösungen für die Kita-Problematik.»

GENERATIONEN SOLIDARITÄT

Gemeinsamer Bildungstag der
SP60+ und JUSOs beider Basel
29. April 2023, Markthalle Basel



Am 29. April findet der «Tag der Generationensolidarität» statt. Die JUSO und SP60+ beider Basel organisieren dazu eine Bildungsveranstaltung. Wir finden es wichtig, das Thema mit je nach Alter verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten. Das Ziel der Veranstaltung ist die Formulierung möglichst stichhaltiger politischer Vorstösse.

Es ist normal, dass verschiedene Generationen andere Bedürfnisse haben. Diskrepanzen und Vorurteile zwischen den Generationen gab es schon immer. Im Vergleich zu früher hat sich die Situation aber in einem noch nie dagewesenen Ausmass verändert. Die Klimakrise und die demografische Entwicklung sind Herausforderungen, die es so noch nie gab.

Herausforderungen aus Sicht der SP 60+

Die Angriffe auf unsere Altersvorsorge bereiten Sorge und das Ziel, dass alle in Würde leben können, ist eines der wichtigsten unserer Partei.

Beim Wohnen und der Mobilität sehen wir die grosse Herausforderung in der Entwicklung von durchmischten, lebendigen Quartieren mit bezahlbaren Wohnungen, gut erschlossen mit dem ÖV.

Viele von uns stellen sich die Frage, was geschehen wird, wenn Betreuung und Unterstützung nötig werden.



Marianne Quensel,
Präsidentin SP 60+ BL



Nino Russano,
Präsident JUSO BS

Wie ist die Qualität der Betreuung und wie autonom sind wir dann?

In der SP weiterhin aktiv mitzumachen, ist möglich und für viele selbstverständlich. Als Teil der SP können wir uns an der Erarbeitung von Lösungen in den angesprochenen Bereichen beteiligen und unsere Erfahrungen mit der Partei teilen. Diese Quelle könnte noch mehr genutzt werden.

Was ich mir als Mitglied der SP 60+ und persönlich wünsche: eine gerechtere Verteilung der Aufgaben zwischen den Generationen. Ein Miteinander aller Menschen.

Herausforderungen aus Sicht der JUSO

Das Ziel der JUSO ist eine solidarische Gesellschaft, in der das Wohlergehen von Menschen und Natur im Zentrum des politischen Handelns steht und nicht die Profitinteressen von Reichen und Grosskonzernen. Für eine solidarische und funktionierende Gesellschaft braucht es

auch die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Generationen, weil alle eine eigene Perspektive einbringen. In einer Welt der multiplen Krisen braucht es generationenübergreifende Lösungsansätze!

Gerade für die junge Generation ist eine zukunftsorientierte Perspektive in der Politik absolut zentral. Unsere Altersvorsorge muss solidarisch finanziert werden, das Wohnen der Profitlogik der Immobilienkonzerne entzogen und die Mobilität für alle zugänglich sein. Die elementare Stütze unserer Gesellschaft bildet die Sorgearbeit, die deutlich stärker in den Fokus der Politik rücken muss. Unsere Antwort auf die Profitsteigerung und die Abbauprogramme im Service public ist die klare Stärkung der Betreuungs- und Sorgearbeit. Denn nur durch eine Überwindung des bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems kann eine wirklich solidarische Gesellschaft entstehen.

Die Trennlinien in unserer Gesellschaft verlaufen nicht zwischen den Generationen, sondern zwischen den Klassen. Unser Fokus muss ein generationenübergreifendes Wohlergehen der Menschen sein.

Schweizer Doppelmoral im Ukraine-Krieg

Für Bürgerliche ist Nehmen offenbar seliger denn Geben: Die Schweiz finanziert den Krieg in der Ukraine mit ihrem Handelsplatz für russische Rohstoffe mit. Wenn es um Hilfszusagen geht, bildet unser Land jedoch eines der Schlusslichter Europas. Die SP will das mit einem Vorstoss der Bundeshausfraktion ändern.

Sie heissen Trafigura AG, Glencore International, Mercuria Energy Trading SA oder Cargill International. Dabei handelt es sich um gigantische Konzerne, die in der Rohstoffbranche jedes Jahr mehrere hundert Milliarden Franken umsetzen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie ihren Firmensitz in der Schweiz haben (und hier Steuern zahlen) und am schweizerischen Handelsplatz mit Rohstoffen handeln – auch mit russischem Erdöl, Kohle, Zink, Kupfer oder Aluminium, ungeachtet des nun seit über einem Jahr andauernden Angriffskrieges in der Ukraine.

Trotz den internationalen Sanktionen gegen Russland weigert sich die bürgerliche Mehrheit im Parlament, den Handel mit russischen Rohstoffen über den schweizerischen Finanz- und Rohstoffhandelsplatz zu unterbinden. Dabei ist der schweizerische Handelsplatz für Russland alles andere als eine Nische. Nach Recherchen der Nichtregierungsorganisation «Public eye» werden 75 Prozent aller russischen Kohleexporte über die Schweiz abgewickelt. Wollen wir der Ukraine wirklich helfen, ist die Regulierung des Finanzplatzes und des Rohstoff-



Claudia Friedl,
Nationalrätin SG

handels zentral. Dafür kämpft die SP seit Jahren gegen die bürgerliche Mehrheit an, meistens auf verlorenem Posten.

Die Schweiz verdient über Steuereinnahmen kräftig am russischen Rohstoffhandel mit und trägt massgeblich zur Finanzierung des russischen Angriffskrieges bei. Bei der finanziellen Unterstützung der Ukraine hingegen zeigt sie sich äusserst knausrig und unterstützt die Ukraine im Vergleich zu anderen europäischen Ländern nur wenig, wie das Kieler Institut für Weltwirtschaft im «Ukraine Support Tracker» belegt. Die 140 Millionen Franken an humanitärer Hilfe, die der Bundesrat Ende Februar an zusätzlichen Geldern gesprochen hat, ändern da wenig.

Heimtückische und grausame Minen räumen

Darum wollen wir sofort Anstrengungen im Bereich der Minenräumung unternehmen. Hier verfügt die Schweiz über sehr viel Know-how, unter anderem mit dem Genfer Zentrum für humanitäre Minenräumung oder der Fondation Suisse de Déminage. Der Bedarf an Unterstützung ist ausgewiesen. Der ukrainische Präsident Selensky erklärte

in einer Rede im Dezember 2022, dass 174 000 Quadratkilometer der Ukraine mit Minen oder nicht explodierten Sprengköpfen verseucht seien. «Es kann kein Kind wirklich in Frieden leben, solange es von einer versteckten russischen Mine getötet werden kann», so Selensky.

Hier setzt die SP mit ihrer Fraktionsmotion an. Wir fordern, dass das Verteidigungsdepartement VBS in enger Zusammenarbeit mit den in der Ukraine tätigen humanitären Minenräumungsorganisationen ein internationales Programm zur Räumung von Minen sowie nichtexplodierter Munition vorbereitet und die Umsetzung finanziell, personell und materiell massgeblich unterstützt. Die entsprechenden Gelder müssen aus dem VBS-Budget stammen und nicht aus der humanitären Hilfe. Überdies kann die Arbeit sofort aufgenommen und den Menschen so rasch geholfen werden.

Kriegsgewinne für den Wiederaufbau

Die konsequente Minenräumung bildet die Voraussetzung für die Rückkehr der ukrainischen Geflüchteten nach dem Ende des Krieges. Dann wird der grosse Wiederaufbau beginnen, bei dem sich die Schweiz intensiv engagieren muss. Zur Finanzierung werden die Auflösung der konfiszierten russischen Konten und die Abschöpfung der Kriegsgewinne ganz oben auf der Liste stehen.

BUCHBESPRECHUNG

Rosa Buch

Mein ehemaliger Deutschlehrer, von dem ich immer noch eine hohe Meinung habe, hat Anna Rosenwasser auf Twitter einst als «einen der eloquentesten Menschen der Schweiz» bezeichnet. Ich dachte beim Scrollen «na, jetzt nicht übertreiben», und schloss die App. Jetzt, nach dem Que(e)rlesen von Annas «Rosa Buch», gebe ich ihm recht.

Das «Rosa Buch – Queere Texte von Herzen» ist eine liebevoll kuratierte, chronologische Sammlung von Texten von Anna Rosenwasser, die sie in Magazinen und Zeitungen veröffentlichte, auf Plattformen postete oder in diesem Buch zum ersten Mal publiziert. Ich kannte viele bereits, dennoch konnte ich das Buch mit den rosa gefärbten Seiten kaum weglegen. Die Texte handeln von Coming-outs, Körperrnormen, Jüdischsein, Küssen, Liebeskummer, Begehren, Pornos und Feminismus.

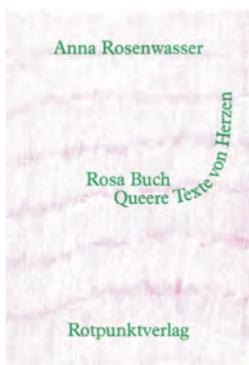
Einer meiner Lieblingstexte heisst «Arztpraxis oder Billigporno». Er handelt davon, dass die deutsche Sprache Sexualität behandelt wie Pornoläden, die versteckt und umgangen werden. Aus Sex wird «mit jemandem schlafen», und Darkrooms werden als etwas Ekliges betrachtet. Und durch das Verstecken entstehen Wissenslücken, Unsicherheiten, Tabus. Das muss nicht sein, folgert Anna Rosenwasser. Ganz einfach: Mehr Offenheit bedeutet ehrliche Kommunikation und damit mehr Sicherheit für alle.

Anna Rosenwasser schafft es in diesem Buch immer wieder, ihre Gedanken ehrlich und einfach in Worte zu fassen. Kein Thema ist zu trivial, kein Gedanke oder Witz zu verspielt und kein Gefühl zu heftig, als dass es versteckt werden müsste. Die Berührungslust, wo die Gesellschaft oft Ängste verspürt, macht die Textsammlung wundervoll, aber nicht kitschig. Im Gegenteil, viele ihrer Texte sind hässig, und einige Passagen gefüllt von Unsicherheit und Trauer.

Es ist diese Ehrlichkeit, die Anna Rosenwassers Eloquenz ausmacht. Im «Rosa Buch» werden Überlegungen und Erfahrungen zugänglich gemacht, die sonst im Verborgenen bleiben oder sich bloss in Fachzeitschriften nachlesen lassen. Das «Rosa Buch» pulsiert vor (queerem) Leben. Es ist, als würde man mit der besten Freundin endlich über all die Themen

sprechen, die einem unter den Nägeln brennen – und die anzusprechen man aber nie den Mut hatte. Grosse Lebensempfehlung!

Mia Jenni, Sekretariat SP queer



Rosa Buch – Queere Texte von Herzen, von Anna Rosenwasser, Rotpunktverlag, erhältlich online oder in deiner Lieblingsbuchhandlung

Gegen Diskriminierung und sexuelle Belästigung, auch in unserer Partei!

Jede Form von Diskriminierung ist mit den Werten der SP grundsätzlich nicht vereinbar. Darum hat die Partei ein professionelles Netzwerk von Vertrauenspersonen aufgebaut, an die sich Betroffene wenden können. Rebekka Wyler, Co-Generalsekretärin

2021 hat die damalige Koordinationskonferenz der Kantonalparteien und Organe eine Richtlinie gegen Diskriminierung und sexuelle Belästigung in der SP Schweiz erlassen. Diese Regelung gilt für Mitglieder und Sympathisant:innen unserer Partei. Sie erstreckt sich auf das Verhalten untereinander und gegenüber Dritten – also beispielsweise gegenüber Angestellten der Partei. Die Richtlinie hält grundlegende Überzeugungen fest: Jede Form von Belästigung und Diskriminierung ist grundsätzlich unverträglich mit den Werten, für die die SP Schweiz einsteht. Alle Menschen haben das Recht, ihr Leben frei von sexueller Belästigung und Diskriminierung jedwelcher Art zu leben, unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Identität, Behinderung, Religion, ethnischer Herkunft oder weiteren Merkmalen.

Es darf aber nicht bei Worten bleiben – wenn Diskriminierung vorkommt, machen wir sie zum Thema und kämpfen dagegen. Die SP Schweiz duldet deshalb nicht, dass ihre Mitarbeitenden, Mitglieder oder andere Personen, die mit der Partei in Verbindung stehen, in irgendeiner Form diskriminiert oder sexuell belästigt werden

oder selbst ein solches Verhalten an den Tag legen.

Um auf Fälle von Diskriminierung und Belästigung innerhalb der Partei angemessen reagieren zu können, hat die SP Schweiz ein «Netzwerk Vertrauenspersonen» eingerichtet. Dieses besteht aus sieben bis neun Personen. Ihre Aufgabe ist es, Betroffene zu beraten, fachliche Unterstützung zu vermitteln und mit der betroffenen Person die beste Vorgehensweise zu besprechen. Die Vertrauensperson leitet keine Massnahmen in die Wege, die nicht mit der betroffenen Person abgesprochen sind. Die Vertrauensperson untersteht der Schweigepflicht und tritt nötigenfalls in den Ausstand. Rechtliche Schritte stehen der betroffenen Person jederzeit offen. Die Vertrauenspersonen gehören allen Geschlechtern an. Sie können auf Deutsch, Französisch und Italienisch kontaktiert werden. Die Mitglieder des Netzwerks werden von juristischen Fachleuten unterstützt.

Die Liste mit allen Vertrauenspersonen ist auf der Website der SP Schweiz aufgeschaltet. Du findest alle Angaben jederzeit hier:

→ www.sp-ps.ch/vertrauenspersonen



Was ist Sexismus, wo beginnt Diskriminierung? Das Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt bringt es in einem Video auf den Punkt.



Holen wir die Frauen ins Boot!

Der Frauenstamm im Regina Mürren.

Ohne Frauen geht gar nichts – auch nicht die Energiewende. Damit auch Frauen mitreden (können), organisieren die SP Frauen regelmässig Energie-Stammtische. Aus erster Hand erfahren die Teilnehmerinnen, was bei der Energiewende Sache ist.

Die Klimakrise und die Energiewende stehen im Sorgenbarometer der Schweizer Bevölkerung weit oben. Die SP nimmt sich seit langem und mit Recht dieser Themen an. Doch in der Debatte über Watt, Volt und Ampère kommen kaum Frauen zu Wort. Sie sind wenig sichtbar und selten involviert.

Gleichzeitig lassen sich die Klimakrise und die dringende Energiewende nur bewältigen, wenn alle an Bord sind. Davon sind die SP-Frauen überzeugt. Weltweit, auch in der Schweiz, sind Frauen und besonders ärmere Frauen härter von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen. Bei Urnengängen über Umweltthemen und Energiepolitik stimmen sie oft weitsichtiger und



Gina La Mantia

fortschrittlicher ab als Männer. Das zeigte sich bereits 1971 bei der ersten eidgenössischen Abstimmung, an der Frauen überhaupt teilnehmen durften: Der zur Debatte stehende Umweltschutzartikel wurde auch dank der Frauen mit erdrückender Mehrheit in die Verfassung aufgenommen. Wäre es nach den Frauen gegangen, wäre 2021 auch das CO₂-Gesetz durchgekommen (52 Prozent Ja).

Information ist Macht

Um die Frauen in unseren Reihen zu ermutigen, sich in Diskussionen zu Fotovoltaik, Windrädern und Staudämmen zu profilieren und in der Umwelt- und Energiepolitik das Wort zu ergreifen, haben die SP-

Frauen vor einem Jahr die Energie-Stammtische ins Leben gerufen. Dabei handelt es sich um Treffen unter der Schirmherrschaft der SP-Nationalrätinnen und Energie-Expertinnen Nadine Masshardt und Martina Munz. Die Stammtische stossen auf reges Interesse und werden inzwischen auch auf kantonaler Ebene organisiert.

Angewandte Energiepolitik muss sichtbar- und greifbar sein. Darum organisierten die SP-Frauen die dritte Ausgabe der Energie-Stammtische im legendären Hotel Regina in Mürren. Über 30 Teilnehmerinnen nutzten im Januar die Gelegenheit und tauschten sich mit Gisela Vollmer, der Raumplanerin und Mit-Initiantin des Hotelprojekts «Regina», über nachhaltige Baukultur und deren Bedeutung für die Energiewende aus. Nadine Masshardt informierte über den indirekten Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative, der am 18. Juni an die Urne kommt.

TSCHÜSS – UND WILLKOMMEN!

Mit diesem Artikel verabschiedet sich Gina La Mantia als Zentralsekretärin von der SP Frauen. Während fünf Jahren hielt sie die organisatorischen Fäden in den Händen, plante zahllose Sitzungen und Mitgliederversammlungen, textete Dutzende Newsletter und Medienmitteilungen sowie unzählige Posts in den sozialen Medien. Mit viel Herzblut und Engagement machte sie sich stets für Gleichstellung und die Rechte der Frauen stark. Ein riesiges Merci, Gina!

Gina La Mantia wird ihr Wissen und Können im Sekretariat der SP Schweiz künftig im Bereich Bildung und Parteiorganisation einbringen – willkommen! Die SP Frauen wählen voraussichtlich an der Mitgliederversammlung vom 25. März Julia Baumgartner (Bild, bisheriges Mitglied der GL der SP Frauen) zur Nachfolgerin von Gina als Zentralsekretärin. Auch dir, liebe Julia: herzlich willkommen im Zentralsekretariat in Bern.



Ein ganz besonderes Hotel

Die Informationen aus erster Hand beflügelten die Teilnehmerinnen. Gefallen hat auch das besondere Erlebnis im historischen Hotel: Das «Regina» ist ein geschichtsträchtiges Jugendstil-Hotel in linken Händen, das auf eine bewegte Geschichte zurückblicken kann. Gestärkt von der atemberaubenden Aussicht auf Eiger, Mönch und Jungfrau (und dem wunderbaren hausgemachten Schokoladekuchen «Tächi-Tarte»), werden die SP-Frauen die Diskussionen um Watt, Volt und Ampère aufmischen!



Mit Liebe zu Mensch und Klima

Im luftigen Quartierrestaurant Libelle in Luzern ist die bodenständige Frühlingsrösti der Renner auf der Karte. Küchenchef und SP-Mitglied Gian Crameri zeigt, wie das Traditionsgericht klimafreundlich und leicht gelingt. Pia Wildberger

Das Wörtchen «gewöhnlich» liegt den Gästen bestimmt nicht auf der Zunge, wenn sie den Rösti-Hit der Libelle serviert bekommen. Der Käse vom Hexer von Marbach glänzt schwarz auf den geraffelten Kartoffeln, und eine leicht rauchige Note liegt in der Luft. Die Libelle ist weitherum für ihre feine Rösti bekannt – zu Recht, wie das Redaktionsteam feststellt. Küchenchef Gian Crameri schafft es mit seinem Team immer wieder, aus Traditionsgerichten Neues und Klimafreundliches zu schaffen.

Wichtig in der Klimaküche sind Gian Crameri regionale und saisonale Zutaten. So macht er sich immer wieder auf die Suche nach dem Besonderen aus der Region und kann dabei auf ein grosses Netzwerk zählen. Die Bergkäserei in Marbach etwa verarbeitet die Milch von Kühen und Wasserbüffeln aus dem Entlebuch und stellt neben dem

schwarzen Halbhartkäse Spezialitäten wie Büffelmozzarella her. Lokal produziert, wird auch Käse eher klimaverträglich. Spezielles Salz verleiht der Rösti zudem ein leicht rauchiges Aroma, als würde noch ein bisschen Speck mitgebraten. Die Rüebli machen die Rösti leichter, während ein Hauch Butter genügt, um das buttrige Aroma an die Rösti zu bringen. «Die rohen Kartoffeln lassen sich im Rapsöl aus der Region sehr gut braten, aber ein bisschen Butter gehört einfach dazu», sagt Gian Crameri. Darum wendet er die fast fertige Rösti in wenig zerlassener Butter.

Money makes the world go 'round

Nicht nur die Rösti ist speziell. Auch das Restaurant Libelle ist ungewöhnlich. Als Tochtergesellschaft des Schweizerischen Arbeiterhilfswerk Zentralschweiz bietet das Lokal erwerbslosen Menschen die Möglichkeit,

sich für eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Gian Crameri ist die gute Zusammenarbeit im Team sehr wichtig. Überhaupt liegen ihm die Menschen am Herzen. «Wir sollten mehr für die Arbeitnehmenden tun», ist er überzeugt. «Ein ausländischer Hilfskoch kommt kaum über die Runden, während Krankenkasse und Mieten ständig steigen – das geht nicht auf.»

Geld ist wichtig. «Aber immer möglichst viel Geld aus Lokal und Gästen pressen, geht an die Substanz», sagt der 32-Jährige aus Erfahrung. Seine Sporen verdiente er sich im Hotel Radisson und in der Sternenküche der Luzerner Brasserie Bodu ab. Lieber testet er heute, wie sich klimafreundliche Gerichte wie das «Chili sin Carne» noch besser verkaufen – zum Beispiel, indem sie auf der Menükarte einen besseren Platz bekommen. Es ist wie in der Politik: Entscheidend für den Erfolg ist der Listenplatz. Politik hat eben auch in der Küche viel zu suchen!

→ www.restaurantlibelle.ch



Gluschtige Frühlingsrösti

Rezept für 4 Personen

Zutaten

- 1,2 kg Kartoffeln (festkochend)
- 4 Rüebli
- 1 Prise Rauchsalz
- 120 g Federkohl oder Krautstiel
- 120 g Wirz
- 200 g Kohlenkäse vom Hexer aus der Käseerei Marbach (Halbhartkäse)
- 30 g Butter
- Rapsöl
- Salz
- Pfeffer
- 4 Bio-Eier

Zubereitung

1. Kartoffeln bissfest kochen, lauwarm schälen. Rüebli ebenfalls schälen und mit der Bircherraffel raffeln. Die Masse mit Rauchsalz und Pfeffer gut würzen. In einer Pfanne beidseitig im Öl goldbraun braten. Zum Schluss in etwas zerlassener Butter schwenken und auf einem Teller anrichten.
2. Federkohl und Wirz rüsten, klein schneiden und in der Pfanne in wenig Öl andünsten. Warm auf die Rösti geben und mit wenig geriebenem Kohlenkäse belegen. Kurz bei 200 Grad in den Ofen schieben, bis der Käse geschmolzen ist.

Alternativ das gedünstete Gemüse in der Pfanne auf die fertige Rösti geben, mit Käse belegen und Deckel aufsetzen. Bei mittlerer Hitze erwärmen, bis der Käse schmilzt. Achtung: Die Rösti brennt leicht an.

3. Spiegelei separat braten und zur Rösti servieren.

Kohlenkäse vom Hexer aus Marbach:

→ www.kaeserei-marbach.ch

DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Essen ist politisch. Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein Teil der Ernte im Abfall. Am meisten Food-Waste fällt in Privathaushalten an.

Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir kochen, damit wir unseren CO₂-Ausstoss reduzieren? Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.

«Es lebe die Sozialdemokratie, es lebe Frankreich!»

Eine Delegation der SP Schweiz nahm Ende Januar am 80. Kongress unserer französischen Schwesterpartei in Marseille teil. Eindrücke von einem Parteitag, der unter dunklen Vorzeichen begann, jedoch auf einem etwas zuversichtlicheren Ton endete.

Colin Vollmer, Clément Borgeaud und Rebekka Wylter

Es ist kein Geheimnis, dass die Sozialdemokratische Partei Frankreichs vor Kurzem beinahe vor dem Untergang stand. Von den fünf Jahren unter Präsident François Hollande, die von zahllosen Kompromissen geprägt waren, erholte sich die Partei nur sehr schleppend. Und auch unter Präsident Macron benötigte sie sehr viel Zeit, um überhaupt eine eigene politische Linie zu finden – sie erlag dabei auch der Versuchung, mit Mitte-Rechts ein Bündnis einzugehen.

Betrugsvorwürfe im Raum

Auf dem Kongress in Marseille stand die Partei nun vor einer entscheidenden Weichenstellung: Will sie sich langfristig als Partnerin in einer grossen Allianz anderer linker und grüner Parteien und Organisationen etablieren, oder will sie den sozialliberalen Alleingang wagen? Die Linksallianz war zwar als Siegerin aus den Wahlen hervorgegangen, doch wurde das Wahlergebnis von den Anhänger:innen des sozialliberalen Flügels angefochten. Mehrere schwere Betrugsvorwürfe beschädigten die Glaubwürdigkeit der Wahlen und das Ansehen der Partei.

Trotz den dunklen Wolken am sozialdemokratischen Himmel gelang es den unterschiedlichen Parteiflügeln in Marseille, eine Einigung zu erzielen. In der Folge wurde Olivier Faure, der das Bündnis mit Linken und Grünen massgeblich geprägt hatte, zum ersten nationalen Sekretär und damit faktisch zum Parteipräsidenten gewählt, dies knapp vor Herausforderer Nicolas Mayer-Rossignol, der eine andere Strömung innerhalb der Partei vertritt.

Brüchiges Bündnis

Trotz anderslautender Beteuerungen ist zu befürchten, dass das Bündnis zwischen Befürwortern und Gegnern der Allianz mit Linken und Grünen –

wozu auch die radikalen Linken um Jean-Luc Mélenchon gehören – nicht lange halten wird. Französische Politiker laufen traditionell Gefahr, ihr Ego gegenüber dem politischen Kampf für die Interessen der breiten Bevölkerung höher zu gewichten. Doch in einer Zeit, in der die Französischen und Franzosen gegen eine Erhöhung des Rentenalters auf die Strasse gehen – rund 80 Prozent der Bevölkerung sind dagegen –, braucht es mehr denn je eine starke sozialdemokratische Partei, die nachhaltige linke Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit präsentiert.

Wir wünschen unseren französischen Genoss:innen vor allem eines: Einigkeit. Denn die Parti Socialiste verfügt über linke Antworten auf die zahlreichen sozialen, klimapolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen, denen Frankreich gegenübersteht. Nachdem die Partei an der Urne Erfolge verbuchen konnte, muss sie sich jedoch vermehrt ihrer Wählerschaft zuwenden und endlich die Selbstzerfleischung stoppen. Dann kann gelingen, was Olivier Faure in seiner Rede zum Abschluss des Parteitags beschwor: «Vive la gauche, vive le socialisme, vive la République et vive la France!»



5

Fragen an Max Wyss

Seismologe, 83, Figino bei Lugano

Warum bist du der SP beigetreten?

Auf der einen Seite gibt es reiche Leute, die wahnsinnige Reichtümer anhäufen, und auf der anderen Seite jene, die sehr schwer arbeiten müssen und doch nie auf einen grünen Zweig kommen. Da will ich dagegenhalten! Es ist ein ewiger Kampf, den wir nicht aufgeben dürfen.

Gab es einen Auslöser für deinen Beitritt?

Ich komme aus sehr bescheidenen Verhältnissen, manchmal gab es zuhause nicht einmal Butter aufs Brot. Aber ich hatte ein sehr schönes Leben, ging nach dem Studium nach Amerika, wurde dort Professor für Geophysik und arbeitete etliche Jahre in Alaska als staatlicher Seismologe. Doch mit Trump wurde das politische und gesellschaftliche Klima in den USA unerträglich. Darum bin ich mit meiner Frau vor zwei Jahren zurück in die Schweiz gezogen. Nun möchte ich der Gesellschaft etwas zurückgeben und mich in der SP einbringen.

Warst du Mitglied der Demokraten?

Ja natürlich. Ich bin Doppelbürger und wähle auch in den USA. Ich war schon immer links, schon als Jugendlicher.

Warst du denn bereits früher Mitglied der SP?

Nein, dafür fehlte mir schlicht die Zeit. In jungen Jahren war ich mit dem Überleben beschäftigt. Ich musste schon als Kind arbeiten und Geld verdienen. Zum Beispiel den Reichen am Zürichberg Kartoffeln nach Hause liefern, in 50-Kilogramm-Säcken. Dabei wog ich selber nur wenig mehr. Da brauchte es die richtige Technik, um die Säcke herumhieven zu können. Für ein minimales Trinkgeld hätte ich da katzbuckeln müssen – ich lehnte jeweils dankend ab.

Was erwartest du von der SP?

Ganz ehrlich: Manchmal könnte sich die Parteispitze auf Interviews besser vorbereiten und die Fakten parat haben. Aber vieles macht das Präsidium sehr gut. Die SP muss sich weiter professionalisieren. Wichtig ist mir, dass wir kämpfen und realistische Ziele haben.

Aufgezeichnet von Pia Wildberger

JEDER RENTENFRANKEN IST EIN KAUFKRAFTFRANKEN

Die AHV-Renten wurden zu Jahresbeginn erhöht und der Preis- und Lohnentwicklung angepasst. Doch die Teuerung wurde nicht voll ausgeglichen. Die AHV alleine reicht nicht zum Leben. Ein Teuerungsausgleich auf die Pensionskassenrenten ist nicht obligatorisch. Explodierende Krankenkassenprämien und Mieten fressen die Renten weg. Die Kaufkraftkrise trifft auch die Alten.

Die SP hat sich in diesem Wahljahr die Stärkung der Kaufkraft und die Verringerung der Ungleichheit auf die Fahne geschrieben. Was tut die Partei konkret, um die Kaufkraft der Bevölkerung, insbesondere auch der älteren Generation, zu erhalten und die Ungleichheiten zu beseitigen? Wie kann die Linke bei den eidgenössischen Wahlen überzeugen und mehr Sitze gewinnen?

Diesen Fragen gehen wir an der Mitgliederkonferenz vom 3. Juni in Bern nach. Die SP60+ lädt zu einem politisch und kulturell spannenden Programm ein. Die Mitglieder werden zudem ein neues Präsidium für die SP 60+ wählen.



Programm und Anmeldung:

→ www.sp-ps.ch/sp60plus-mk2023

→ www.sp60plus.ch

→ siehe auch Artikel auf Seite 7

ERDBEER-PFLÜCKER:INNEN IN DER SCHWEIZ ZU GAST

Wer pflückt die Erdbeeren aus Spanien, die schon im Frühling beim Grossverteiler angeboten werden? Lerne rund um den 1. Mai oder an einer gemeinsamen Veranstaltung von SOLIFONDS und Movendo am 5. Mai diese Pflücker:innen kennen: Mehrere gewerkschaftlich organisierte Landarbeiter:innen aus Marokko, die im südspanischen Huelva auf den Erdbeerfeldern schufteten, diskutieren in Bern mit Gewerkschafter:innen über prekäre Arbeitsverhältnisse und darüber, was es braucht, um faire Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Denn das Leben der Saisonarbeiter:innen auf den Erdbeerfeldern ist geprägt von langen Arbeitstagen, tiefen Löhnen, schlechter Unterbringung, sexualisierter Gewalt und einem gewerkschaftsfeindlichen Umfeld. Nun spannen Gewerkschaften von Landarbeiter:innen in Südspanien und Marokko länderübergreifend zusammen, um bessere Arbeitsbedingungen auf den Erdbeerfeldern in Huelva zu erkämpfen.

SOLIFONDS

→ www.solifonds.ch/veranstaltungen

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Erwerbsarbeit und Renten aus Frauensicht

D2.3.2307

4. Mai 2023, Zürich

Frauen unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit häufiger und arbeiten oft Teilzeit; beides in erster Linie aus familiären Gründen. Auch der immer noch grosse Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern wirkt sich bei den Rentenleistungen schmerzhaft aus. Frauen leisten jährlich 160 Mio. Stunden unbezahlte Arbeit für Betreuung von Angehörigen. Die Arbeit vieler Frauen führt heute deshalb zu unwürdig tiefen Renten, die nicht zum Leben reichen. Dieser Kurs setzt sich mit den Themen der aktuellen politischen Diskussionen auseinander und zeigt die gewerkschaftlichen Strategien auf.

Gesund bleiben am Arbeitsplatz: stehende Berufe

D2.2.2309

15. Juni 2023, Dübendorf

Rückenweh vom stundenlangen Stehen? Schmerzen in Muskeln und Gelenken? Gestresst und müde? Und trotzdem freundlich lächeln und effizient arbeiten?

Wir geben praktische Tipps, um lange Arbeitstage mit weniger Beschwerden durchstehen zu können. Zum Beispiel mit guter Körperhaltung, gesunder Ernährung und besserem Umgang mit Stress.

Geschichte der Gewerkschaftsbewegung

D2.1.2304

21.–22. Juni 2023, Balsthal

Wie sind die Gewerkschaften in der Schweiz stark geworden? Mit welchen Problemen hatten sie zu kämpfen? Der Kurs vermittelt einen geschichtlichen Überblick und zeigt, was die Gewerkschaften für soziale Sicherheit und Demokratie in der Schweiz geleistet haben.

Auftrittskompetenz einmal anders

D1.7.2316

26.–27. Juni 2023, Steffisburg

Für Mitglieder von Personalvertretungen: Mit selbstsicherem Auftreten lassen sich Anliegen besser durchsetzen. Personalvertreter:innen treten oft auf – an Sitzungen mit der Geschäftsleitung, in Gremien

oder vor Arbeitnehmenden. Die Teilnehmenden lernen Methoden und Hilfsmittel kennen und üben selbstbewusstes Auftreten.

Meine Rechte am Arbeitsplatz praktisch erklärt

D2.2.2310

29. Juni 2023, Olten

Welche Rechte haben Arbeitnehmende? Werden diese Rechte am Arbeitsplatz eingehalten? Wie können wir sie durchsetzen? Gemeinsam mit einer juristischen Fachperson klären wir diese und andere Fragen anhand konkreter Beispiele aus unserem Arbeitsalltag.

Die Anmeldung erfolgt online

www.movendo.ch, per Mail

info@movendo.ch oder per

Telefon 031 370 00 70

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 250.– statt Fr. 410.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.– pro Kurstag. Weiter kann bei Susanna Leutenegger (susanna.leutenegger@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

AGENDA 2023

18. MÄRZ

Mitgliederversammlung SP queer, Freiburg

18. MÄRZ

Nationaler Sammel-Wettkampf-Tag zwischen aktuellen und ehemaligen JUSOs für die Zukunfts-Initiative

21. MÄRZ

Online-Treffen der «Alpensozis» (SP-Kantonalparteien der Bergkantone)

24. MÄRZ

Parteitratssitzung in Olten

25. MÄRZ

Mitgliederversammlung der SP Frauen, Bern

1. APRIL

Jahreskonferenz der SP Migrant:innen, Bern

5. APRIL

Webinar zur Partizipation auf Gemeindeebene

25. APRIL

Sektionskonferenz der SP Frauen, online

6. MAI

Journée Féministe, Bildungstag zu den Wahlen, Bundeshaus, Bern

Aktuelle Infos unter

www.spschweiz.ch/agenda



Samstag, 13. Mai, 14 Uhr

Samstag, 10. Juni, 14 Uhr

Anmeldung unter: www.anny-klawa-morf.ch/zh-kolonial

Populismusrheiten in der Demokratie

Im Gespräch diskutieren Natascha Strobl, Experte für Rechtsextremismus, und Damir Skenderovic, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Freiburg, über die Auswirkungen des Populismus für die Demokratie. Moderiert von Kaspar Surber (WOZ).

Donnerstag, 23. März 2023, 18.30 Uhr, kHaus, Turmzimmer, Basel

Renaissance des Sozialliberalismus?

Gab es je eine sozialliberale Bewegung in der Schweiz und könnte diese mit Blick auf Her-

ausforderungen in der Bildungspolitik oder der Digitalisierung eine Renaissance erleben? Nach einem Vortrag von Urs Bieri, Co-Geschäftsführer von gfs.bern, diskutieren Anita Fetz (alt Ständerätin SP) und René Rhinow (alt Ständerat FDP) über Unwägbarkeiten und Potenziale einer möglichen sozialliberalen Kooperation. Moderation: Philipp Loser (Tages-Anzeiger) Mittwoch, 26. April, 19 Uhr, Cheesmeyer, Sissach

Europacafé «Was Algorithmen mit Grundrechten zu tun haben – und wie Europa dies zu regulieren versucht»

Welche Auswirkungen hat die zunehmende Verwendung von Algorithmen in Verwaltung und Wirtschaft auf unsere Grundrechte als Bürger:innen? Welche Regulierungen sind in der EU

bereits vorhanden oder notwendig und wie wirken sich diese auf die Schweiz aus? Inputreferat von Angela Müller (Leiterin AlgorithmWatch CH), Diskussion. 16. Mai 2023, 20 bis 21.30 Uhr, Seminarraum Falkenplatz 11, Bern

Faktenleugner:innen und die Demokratie

Ausgehend von Ken Jebsens berühmtem Fall und dem preisgekrönten Podcast «Cui Bono: WTF happened to Ken Jebsen?» fragen wir nach den Zusammenhängen zwischen zunehmend umstrittenen Fakten, dem Einfluss der sozialen Medien und dem Erfolg von Verschwörungsideologien. Das Publikum diskutiert mit Tobias Bauckhage (Mitproduzent des Podcasts) und Marko Kovic (Publizist). Mittwoch, 24. Mai, 18.30 Uhr, Kantonsbibliothek, Liestal

Stadtrundgang «ZH Kolonial» über die kolonialen

Verwicklungen Zürichs

Rundgang mit dem Fokus «Wirtschaftliche Ausbeutung und Kolonialismus»:

Sonntag, 19. März, 14 Uhr

Samstag, 13. Mai, 14 Uhr

Samstag, 10. Juni, 14 Uhr

Rundgang mit dem Fokus «Wissenschaft, Kultur und Kolonialismus»:

Sonntag, 19. März, 14 Uhr

GLEICHSTELLUNG IST KEINE PRIVATSACHE, SIE GEHT UNS ALLE AN!

Am 14. Juni ist der feministische Streik und wir sind dabei.

Bestelle jetzt dein kostenloses Scrunchie und zeige damit deine Unterstützung!

